

Aufruf zum 1. Mai „Europa. Jetzt aber richtig!“

Wir in Europa – ohne Grenzen!

In der vergangenen Legislaturperiode hat das Europäische Parlament sich zu zahlreichen Politikfeldern positioniert und dabei mitgewirkt, Grenzen abzubauen.

Friedenspolitik

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten zielt u.a. darauf ab, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts zu festigen und zu fördern sowie den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken.

Mindestlohn

Das Europäische Parlament hat im November 2017 die Europäische Säule sozialer Rechte ausgerufen, einen Katalog wesentlicher Grundsätze der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik festgelegt, wie z. B. mehr Inklusion, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Mindestsicherung.

Freizügigkeit

Für Menschen, die von ihrem Unternehmen in ein anderes EU-Land entsandt werden, sollen laut EU-Beschluss der gleiche Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen wie für ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort gelten. Auf diese Weise sollen die Arbeitnehmer vor Betrug, Ausbeutung und Sozialdumping geschützt werden.

Wir in Europa – ohne Grenzen?

Doch noch immer fehlt es den Mitgliedstaaten der EU bei einigen Themen an klaren ethischen Grenzen und einheitlichen Verfahren.

Friedenspolitik

Die EU muss sich stärker als bisher für die Kontrolle und Transparenz bei Waffenexporten einsetzen. Dazu gehören Sanktionen von Ländern, die diese Regulierungen unterlaufen. Darüber hinaus sollte sie sich weiter für Entspannungspolitik einsetzen – besonders im Hinblick auf die Konflikte zwischen den USA/der NATO und Russland.

Mindestlohn

Beim festgelegten Mindestlohn weichen die einzelnen EU-Länder stark voneinander ab (bis zu 450%). Dies führt dazu, dass gut ausgebildete Kräfte aus den EU-Ländern mit niedrigem Lohnniveau abwandern (Braindrain). Fachwissen geht verloren und fehlt beim wirtschaftlichen Aufbau und der sozialen Versorgung.

Freizügigkeit

Leider wird der EU-Beschluss für gleichen Lohn für eingewanderte Arbeitskräfte vielerorts unterwandert. Es braucht hier praxistaugliche Regelungen und deren konsequente Durchsetzung, um Lohndumping entgegenzuwirken. Auch beim Thema Migration von außerhalb der EU braucht es dringend tragfähige Lösungen.

Europa. Jetzt aber richtig!

Für uns als Christinnen und Christen ist Europa ein lebendiger Ausdruck des ökumenischen Gedankens von Einheit in Vielfalt. Europa bietet in Zeiten von nationalen Egoismen, von Abschottung und Abgrenzung eine starke Antwort auf Populismus und Extremismus. Viele der großen Herausforderungen – egal ob Mindestlohn, Freizügigkeit, sozialen Zusammenhalt und Friedenssicherung – können nur gemeinsam bewältigt werden. Dafür stehen wir als evangelische Christinnen und Christen in Verbundenheit zusammen mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften.

Pfarrer Dr. Johannes Rehm

Leiter des Kirchlichen Dienstes
in der Arbeitswelt (kda)
der Ev.-Luth. Kirche in Bayern

Bernhard Dausend

Landesvorsitzender der Aktionsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen (afa) und
1. Vorsitzender des Bundesverbands
Ev. Arbeitnehmerorganisationen

Eugen Hähnel

1. Vorsitzender der Ev. Arbeits-
gemeinschaft für soziale Fragen in
Bayern und Thüringen (EAG)

